

A decorative background consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several dots highlighted in red. The dots are arranged in a pattern that suggests a map of Europe.

Zwischen Ideologie und Pragmatismus

Die Wirtschaftspolitik der polnischen PiS-Regierung

MARTIN ALBERS
September 2016

- Wirtschafts- und besonders sozialpolitische Themen spielten in den Präsidentschafts- und Parlamentswahlkämpfen 2015 der Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) eine große Rolle. Die weit reichenden Wahlversprechen der PiS waren mitentscheidend für ihren Sieg.
- Das Wahlprogramm der PiS stellt eine Abkehr vom bisher durch Polen verfolgten, neoliberal geprägten Transformationsmodell dar, das auf die Öffnung Polens für Investoren setzte. Stattdessen will die PiS einen spezifisch polnischen Entwicklungsweg einschlagen und somit die angeblich eingeschränkte Souveränität Polens auch ökonomisch wiederherstellen. In der Praxis beweist die Regierung jedoch bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen ein hohes Maß an Pragmatismus.
- Bisher kann die polnische Regierung sozial- und wirtschaftspolitische Erfolge vorweisen: Eine Reihe von zentralen Wahlversprechen konnte umgesetzt werden, ohne dass die ökonomische Entwicklung darunter merklich gelitten hätte.
- Wenn jedoch mittelfristig das ideologische Element gegenüber dem aktuellen Pragmatismus überwiegt und das Wahlprogramm in seiner ganzen Radikalität umgesetzt wird, könnte die wirtschaftliche Entwicklung erheblichen Schaden nehmen.

Einleitung: Rechtspopulismus und Wirtschaftspolitik

Die rechtspopulistischen Bewegungen, die derzeit in Europa an Zustimmung gewinnen, weisen eine Reihe von Ähnlichkeiten und Parallelen auf. Zentral sind die Inszenierung als »wahre« Vertreterinnen des Volkes gegenüber angeblich korrupten und abgehobenen Eliten, Fremdenfeindlichkeit und eine Betonung der Nation als entscheidender politischer Orientierungspunkt.¹ Mit Blick auf sozial- und wirtschaftspolitische Vorstellungen und Forderungen lässt sich jedoch ein breites Spektrum beobachten: War die Ausrichtung der meisten rechtspopulistischen Parteien in den 1980er- und 1990er-Jahren von einer Mischung aus Nationalismus und Neoliberalismus geprägt, so ist insbesondere in den letzten Jahren eine Verbreitung von Positionen der »sozialen Rechten« zu beobachten.² Diese sprechen gezielt die Abstiegsängste der unteren Mittelschicht an und bieten als Alternative zur Globalisierung eine Mischung aus Protektionismus, einem Wohlfahrtsstaat mit exklusivem Zugang für Mitglieder der Nation, Verhinderung von Migration, Ausgrenzung von Minderheiten und gezielter Förderung »nationaler« Branchen und Unternehmen.

Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden die Sozial- und Wirtschaftspolitik in Polen seit dem Sieg der Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) im Herbst 2015 näher betrachtet. Zunächst werden die wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der PiS im Wahlkampf kurz zusammengefasst, bevor ihnen die reale Regierungspolitik und deren Auswirkungen gegenübergestellt werden. Im Fazit wird auf die Frage eingegangen, inwieweit die PiS ihrer nationalen und sozialen Rhetorik in der Praxis gerecht wird und welche Perspektiven sich daraus ergeben.

Zentrale Wahlkampfversprechen der PiS

Wirtschafts- und besonders sozialpolitische Themen spielten in den Präsidentschafts- und Parlamentswahlkämpfen der PiS 2015 eine große Rolle. In ihrem Wahlprogramm machte die PiS eine Reihe von weit reichenden Versprechungen, die letztlich für ihren Sieg

ausschlaggebend waren. Zu den aus wirtschafts- und sozialpolitischer Sicht entscheidenden Themen zählten dabei insbesondere:

- Umwandlung von Fremdwährungskrediten für Eigenheimbesitzer_innen: Ähnlich wie in Ungarn hatte ca. eine halbe Million Menschen – darunter auch viele mit mittleren und niedrigen Einkommen – zinsgünstige Darlehen in Schweizer Franken aufgenommen, um einen Immobilienkauf zu finanzieren. Mit der deutlichen Aufwertung des Frankens Anfang 2015 verteuerte sich jedoch der Schuldendienst dieser Kredite dramatisch. Die PiS kündigte im Präsidentschaftswahlkampf an, die Banken zu zwingen, die Kredite zu einem für die Schuldner_innen vorteilhaften Kurs in Złoty umzurechnen. Je nach Art der Umrechnung würden auf den Bankensektor damit Kosten von ca. 50 bis 70 Milliarden Złoty zu kommen, was ca. 2,5 bis 3,5 Prozent des polnischen BIP entspricht.
- Rücknahme der Rentenreformen von 2012: Hierbei warb die PiS mit dem Versprechen, die von der Vorgängerregierung durchgesetzte Anhebung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 für Männer und 60 auf 67 Jahre für Frauen komplett zurückzunehmen. Allein die Rücknahme der Rentenreform würde den Staat ab 2020 ca. 18 Milliarden Złoty pro Jahr kosten, was einem Prozent des aktuellen BIP entspricht.
- Einführung eines allgemeinen Kindergelds: Nicht zuletzt angesichts der raschen Überalterung der Gesellschaft schlug die PiS die Einführung eines Kindergelds in Höhe von 500 Złoty pro Kind vor, das ab dem zweiten Kind gezahlt werden sollte. Je nach Ausgestaltung bedeutet das Kindergeld jährliche Kosten in Höhe von ca. 23 Milliarden Złoty. Dies entspricht etwa 1,2 Prozent des BIP.
- Erhöhung des Mindestlohns: Ein wichtiger Grund für die mangelnde Popularität der vorherigen Regierung aus Bürgerplattform (PO) und Bauernpartei (PSL) unter jungen Menschen war die weite Verbreitung von Werkverträgen, die nicht dem Arbeitsrecht unterlagen, was aufseiten der Betroffenen zu schlechter sozialer Absicherung und niedrigem Stundenlohn führte. Die PiS kündigte neben einer generellen Erhöhung des Mindestlohns die Einführung eines Mindeststundenlohns von zwölf Złoty (ca. vier Euro) an, der auch die als »Müllverträge« bezeichneten Werkverträge betreffen sollte.

1. Müller, Jan-Werner (2016): Was heißt Populismus an der Macht?, *Ost-europa* 66, S. 6.

2. Becker, Joachim (2015): Editorial: Konturen einer wirtschaftspolitischen Heterodoxie von rechts, *Kurswechsel* 3/2015, S. 60–69.

- Durchführung eines umfangreichen öffentlichen Wohnungsbauprogramms: Das Kernversprechen hierbei war, günstigeren Wohnraum zu schaffen, wobei der Fokus während des Wahlkampfes auf der Subventionierung von preiswertem Wohneigentum lag.
- Anhebung des Steuerfreibetrags von gut 3.000 auf 8.000 Złoty pro Jahr.
- Stärkere Förderung von Forschung und Entwicklung durch polnische Unternehmen und staatliche Unterstützung bei der Erschließung neuer Märkte im Ausland.

Auf der Einnahmeseite sollten diese Vorschläge u. a. durch eine Reihe von Maßnahmen gegenfinanziert werden, die vor allem auf eine stärkere Belastung ausländischer Investoren abzielten, darunter eine Steuer für große Supermärkte und eine Bankensteuer. Zudem wurden mehrere Schritte angekündigt, um die Steuererhebung insgesamt effektiver zu machen und somit das Steueraufkommen zu erhöhen. Darüber hinaus erfolgte die allgemeine Ankündigung, polnische Firmen gegen Konkurrenz aus dem Ausland zu unterstützen, um die heimische Wirtschaft zu stärken und auch ökonomisch mehr nationale Souveränität zu erlangen.

Die politische Einordnung der Wahlversprechen ist mehrschichtig. Tatsächlich liegt es einerseits nahe, von »Loyalitätsbeschaffung durch Massenklientelismus« zu sprechen, wie sie nach Jan-Werner Müller für populistische Parteien charakteristisch ist.³ Dafür spricht die vergleichsweise unspezifische und teils widersprüchliche Ansprache sehr unterschiedlicher Teile der Gesellschaft. Unter großen Kosten sollen sowohl vorwiegend junge Arbeitnehmer_innen im Niedriglohnsektor (Mindestlohn), ältere Menschen (Rentenreform) und Familien (Kindergeld) als auch Eigenheimbesitzer_innen (Frankenkredite und Subventionierung günstiger Immobilien) sowie kleine und mittelständische Kaufleute (Supermarktsteuer) unterstützt werden. Eine stark nationalistische Ausrichtung und eine sozialpolitisch konservative Agenda sind ebenfalls zu erkennen.

Die angestrebten Umverteilungen wirken vor allem durch direkte Zuwendungen an einzelne Gruppen und nicht durch den Auf- und Ausbau öffentlicher Institutionen und den Ausgleich struktureller sozialer Benachtei-

lungen. Andererseits kann man die Wahlversprechen vor dem Hintergrund der Transition seit 1989 auch als dezidierte Abkehr vom Neoliberalismus deuten. Demnach wäre das PiS-Programm eine für Polen neue Antwort auf die Frage, ob wirtschaftliches Wachstum und Innovationen aus einer Gesellschaft selbst kommen müssen oder primär von äußeren Impulsen abhängen. Während die vergangenen Regierungen eindeutig auf die Öffnung Polens für Investoren setzten und dafür in Kauf nahmen, dass der wirtschaftliche Wandel lange Zeit soziale Ungleichheiten verstärkte, betont die PiS nach dieser Lesart die Bedeutung eines endogenen, als Re-Polonisierung bezeichneten Entwicklungsweges sowie die Teilhabe breiterer Schichten an den Ergebnissen des Wachstums.

Bisherige Umsetzung der Wahlversprechen in Regierungspolitik

Während des Wahlkampfes wurde der PiS von politischen Gegner_innen wiederholt vorgeworfen, unseriöse Wahlversprechen zu geben. Angesichts der extremen Auswirkungen auf den polnischen Haushalt und die makroökonomischen Rahmendaten im Falle einer raschen und vollständigen Umsetzung der erklärten Maßnahmen wurde daher mit Spannung erwartet, wie die Partei nach einem Wahlsieg vorgehen würde. Tatsächlich entfalteten Regierung und Parlament eine ausgesprochen rasche und intensive, als »Gute Wende« titulierte gesetzgeberische Tätigkeit. Diese konzentrierte sich primär auf den Austausch der Eliten in Behörden, öffentlichen Institutionen und dem staatlichen Rundfunk sowie auf die versuchte Umgestaltung des Verfassungsgerichts zu ihren Gunsten. Daneben gab es jedoch auch im Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik eine Reihe von wichtigen Entscheidungen und Ankündigungen.

Die vielleicht wichtigste Maßnahme in dieser Hinsicht ist die Einführung des Kindergelds »500+«, das, wie im Wahlkampf versprochen, ab dem zweiten Kind gezahlt wird; ärmere Familien bekommen es auch schon für das erste Kind. Mit umgerechnet ca. 120 Euro ist es zwar nominell niedriger als das deutsche Kindergeld, gemessen am BIP pro Kopf liegt es jedoch deutlich darüber. Für ärmere Familien mit mehreren Kindern bedeutet es in nicht wenigen Fällen sogar einen Anstieg des Haushaltseinkommens um 30 Prozent oder mehr. Je nach Aufenthaltsstatus können auch nichtpolnische Familien,

3. Müller (2016), S. 10–13.

etwa aus der Ukraine, Anträge stellen. Das entsprechende Gesetz wurde im Februar 2016 verabschiedet; im April erfolgten die ersten Auszahlungen. Die Anzahl der Anträge stieg innerhalb kurzer Zeit auf über 2,5 Millionen, sodass sich die jährlichen Kosten tatsächlich auf ca. 1,2 Prozent des BIP bzw. sechs Prozent der Haushaltsausgaben für das Jahr 2016 belaufen – Tendenz steigend.

Die Regierung gab zudem eine deutliche Erhöhung des monatlichen Mindestlohns bekannt, die mit 8,3 Prozent über den Vorschlägen von Arbeitgeber_innen und Gewerkschaften liegt. Damit steigt die monatliche Lohnuntergrenze auf 2.000 Złoty. Zusätzlich wurde ein Gesetz verabschiedet, dass ab 2017 einen Mindeststundenlohn in Höhe von 13 Złoty einführt. Dies hat wesentliche Folgen für viele Arbeitnehmer_innen, die im Rahmen der als »Müllverträge« bezeichneten Werkverträge arbeiten. Von beiden Maßnahmen sind ca. zwei Millionen Arbeitnehmer_innen bzw. fünf Prozent der Bevölkerung betroffen.

Die Frage des Rentenalters wurde zunächst verschoben. Trotz Kritik aus den eigenen Reihen signalisierte die Regierung im Sommer 2016 jedoch, die Absenkung wie versprochen noch im Laufe des Jahres durchsetzen zu wollen. Kurzfristig werden die Mehrkosten für den Staatshaushalt mit ca. 8,6 Milliarden Złoty überschaubar ausfallen. In den folgenden Jahren sind jedoch Steigerungen absehbar, welche die Staatsverschuldung deutlich erhöhen würden. Allerdings ist durchaus möglich, dass es während der Beratungen im Sejm noch zu einer gewissen Abschwächung der Reform kommen wird, um die Kosten zu senken. So erscheint etwa die Knüpfung des Renteneintritts an Bedingungen wie eine Mindestzahl an Beitragsjahren als wahrscheinlich.

Deutlich zurückhaltender verhielt sich die PiS hingegen mit Blick auf die Frankenkredite. Zwar erarbeitete das Präsidialamt hierzu noch im November 2015 einen Vorschlag; nachdem jedoch deutlich wurde, dass dessen Umsetzung die Liquidität der meisten polnischen Banken akut gefährden würde, wurde der Vorschlag grundlegend überarbeitet. Der neue Gesetzesvorschlag vom August 2016 verzichtet auf einen Zwangsumtausch und enthält stattdessen eine Aufforderung an die Banken, ihren Kunden freiwillig eine Konversion anzubieten. Sollten die Banken dem nicht nachkommen, könnte eine Zwangskonversion erneut in Betracht gezogen werden.

Dennoch werden die Kosten für die Banken mit nur ca. vier Milliarden Złoty veranschlagt, im Gegensatz zu den 67 Milliarden Złoty des ursprünglichen Vorschlags.

Wie angekündigt, wurde eine Bankensteuer eingeführt. Finanzinstitute und Versicherungen ab einer bestimmten Größe müssen dabei eine Steuer in Höhe von 0,44 Prozent ihrer Aktiva abführen. Eine Steuer für große Einzelhandelsfilialen wurde ebenfalls eingeführt. Beide Maßnahmen betreffen primär ausländische Unternehmen. Insbesondere die Einzelhandelssteuer verfolgt dabei das Ziel, kleinere polnische Unternehmen zu stärken. Ob die Maßnahmen mit EU-Recht konform sind, steht allerdings noch nicht fest. In beiden Fällen verhielt sich die Regierung jedoch ebenfalls zurückhaltender als im Wahlprogramm angekündigt und entschied sich für relativ hohe Freibeträge.

Auch im Bereich der Wohnungsbauförderung entschied sich die Regierung für eine moderate Lösung. Die aktuell diskutierten Regelungen sehen weniger Förderung von Wohneigentum vor, sondern den staatlichen Bau von Sozialwohnungen zur Miete. Finanziert werden sollen die notwendigen Investitionen durch einen Fonds, der seine Einnahmen aus dem Verkauf von Bauland im Staatsbesitz erzielt. Dadurch soll erreicht werden, dass der allgemein als dringend notwendig betrachtete Bau bezahlbaren Wohnraums keine direkten Auswirkungen auf den Staatshaushalt hat. Ähnlich verfuhr die Regierung auch bei der Frage des Steuerfreibetrags. Hier wurde eine grundlegende Reform des Steuersystems angekündigt. Diese soll, wie versprochen, Geringverdiener_innen entlasten. Da jedoch höhere Einkommen stärker besteuert werden sollen, würde die Änderung budgetneutral ausfallen.

In all diesen Fällen bewies die Regierung ein hohes Maß an Pragmatismus, sobald sich abzeichnete, dass eine direkte Umsetzung der Wahlversprechen zu unmittelbaren wirtschaftlichen Verwerfungen führen könnte. Dieser Pragmatismus zeichnet auch den »Morawiecki-Plan« aus, der im Februar 2016 vom gleichnamigen Minister für Entwicklung vorgestellt wurde. Der medial viel beachtete Plan hat das Ziel, Polens Wirtschaft durch die Förderung heimischer Unternehmen zu stützen. Unter anderem soll so eine starke und innovative Industrie aufgebaut werden, um mittelfristig den Status als verlängerte Werkbank Westeuropas und insbesondere Deutschlands zu überwinden sowie größere Teile der

Wertschöpfungsketten im eigenen Land zu halten. Damit bevorzugt er die Förderung endogenen Wachstums gegenüber der früheren Bemühung um ausländische Direktinvestitionen (FDI). Dazu setzt der Plan u. a. auf die Schaffung neuer Institutionen im Bereich der Förderung von Forschung und Entwicklung sowie auf die Schaffung einer staatlichen Entwicklungsbank zur Unterstützung privater Investitionen, gezielte öffentliche Hilfen für Unternehmensgründer_innen sowie die Förderung polnischer Exporte durch staatliche Agenturen. Besonders im Fokus stehen dabei die Branchen Schiffbau, Elektromobilität, IT und Medizintechnik. Zudem sind der Bau zweier Atomkraftwerke und der Aufbau einer eigenen Nuklearindustrie vorgesehen. Rhetorisch betont Morawiecki – gerade in Interviews mit polnischen Medien – das Ziel, die angeblich gefährdete polnische Souveränität auch ökonomisch wiederherzustellen. In der praktischen Politik und bei Stellungnahmen im internationalen Kontext verzichtet die Regierung dagegen auf eindeutig ideologisch gefärbte oder dezidiert protektionistische Maßnahmen bzw. Verlautbarungen, die zu direkten Konfrontationen mit der EU-Kommission führen würden.

Bisherige Auswirkungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik der PiS-Regierung

Da viele der angekündigten Maßnahmen noch nicht oder erst teilweise umgesetzt wurden, ist derzeit nur ein Zwischenfazit möglich. Dabei zeigt sich jedoch, dass die wirtschaftliche Entwicklung trotz des deutlichen Wechsels im Stil und der inhaltlichen Ausrichtung der Regierungspolitik nicht merklich gelitten hat. Profitieren kann die Regierung dabei vom sehr niedrigen Ölpreis und den Folgen der neoliberalen Politik ihrer Vorgängerinnen, die zu einem System niedriger Steuern und Löhne sowie einer vergleichsweise niedrigen Staatsverschuldung geführt hat.

Zwar stuft die Ratingagentur S&P im Januar 2016 ihre Einschätzung für Polen angesichts der Gesetze zu öffentlichen Medien und Verfassungsgericht von A- auf BBB herab und der Złoty verlor gegenüber dem Dollar merklich an Wert; die anderen Ratingagenturen folgten diesem Beispiel jedoch nicht, sodass sich die polnische Währung in den folgenden Monaten stabilisierte. Auch das Vertrauen ausländischer Investoren wurde nicht merklich erschüttert. Ausschlaggebend ist dabei erstens

der nach wie vor attraktive polnische Markt mit vielen Konsument_innen, niedrigen Löhnen und einer gut ausgebildeten Bevölkerung. Zweitens erlauben die insgesamt sehr hohen EU-Beihilfen auch in den nächsten Jahren umfangreiche staatliche Investitionen, die sich das Land andernfalls kaum leisten könnte. Drittens hat die Regierung trotz ihres kompromisslosen und oftmals stark ideologisch gefärbten Auftretens in anderen Politikbereichen in entscheidenden Fragen der Wirtschaftspolitik bislang Pragmatismus gezeigt.

Sowohl dieser Pragmatismus als auch das Interesse der Investoren wurden am Fall des Daimler-Motorenwerks in Niederschlesien deutlich. Auch wenn nicht bekannt wurde, welche Unterstützung die PiS-Regierung dem Autobauer zusicherte, illustriert das Beispiel die Bereitschaft der Regierung, auf ausländische Firmen – auch und gerade aus Deutschland – zuzugehen. Dass der Konzern sein erstes Motorenwerk außerhalb Deutschlands in Polen errichtet, unterstreicht umgekehrt das Vertrauen in die zukünftige wirtschaftliche und politische Stabilität des Standorts.

Sozialpolitisch wurde insbesondere die Einführung des Kindergeldes über Parteigrenzen hinweg positiv aufgenommen, das zu einer merklichen Steigerung des Einkommens bei den meisten Familien führt. Es wird oft direkt in den Konsum investiert und stärkt so kurzfristig die ohnehin gut laufende Konjunktur. Da Polen derzeit eine Deflation erlebt, kommt diese Stützung der Nachfrage zu einem ausgesprochen günstigen Zeitpunkt. Einen vergleichbaren Effekt dürften die Erhöhung des Mindestlohns und die Rücknahme der Rentenreform haben. Die unmittelbare Einkommenssteigerung und die zusätzliche Stimulierung der Nachfrage werden die Popularität der PiS in weiten Teilen der Bevölkerung erhöhen. Auch die angekündigte Politik im Bereich des Wohnungsbaus dürfte sich positiv auf die Konjunktur auswirken und gerade Menschen mit niedrigem bis mittlerem Einkommen zugutekommen.

Zwar wird das Kindergeld unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern gezahlt. Mittelfristig ist jedoch damit zu rechnen, dass mehr Frauen zuhause bleiben und damit dem Arbeitsmarkt fehlen werden. Ähnliche Auswirkungen wird die Absenkung des Rentenalters haben. Zudem wird entscheidend sein, ob die Regierung das Haushaltsdefizit auch in den nächsten Jahren kontrollieren kann. Dies hängt erstens davon ab, ob die PiS – entgegen ihrer

aktuellen Ankündigungen – ihre geplante Rentenreform abschwächt. Zweitens muss sich erst noch zeigen, ob es gelingt, die Steuererhebung tatsächlich effektiver zu gestalten. Expert_innen sehen hier zwar ein ungenutztes Potenzial zur Steigerung staatlicher Einnahmen, allerdings ist es noch zu früh, um zu sagen, ob die PiS dieses Potenzial auch erschließen kann.

Fazit und Ausblick

Insgesamt hat die polnische Regierung bislang Erfolg mit ihrer Sozial- und Wirtschaftspolitik. Eine Reihe von zentralen Wahlversprechen konnte umgesetzt werden, ohne dass die ökonomische Entwicklung darunter merklich gelitten hätte. Im Gegenteil führt der Zeitpunkt der höheren Ausgaben vor dem Hintergrund sinkender Preise zu einer realen Steigerung der Nachfrage und des Wirtschaftswachstums. Auch die anderen makroökonomischen Rahmendaten deuten auf wirtschaftliche Stabilität hin. Insbesondere die Einführung des Kindergelds und die Erhöhung des Mindestlohns sichern der Regierung dabei ein Maß an Zustimmung, dass auch durch die Verfassungskrise nicht entscheidend geschwächt wurde.

Dass die PiS die polnische Volkswirtschaft vor die Wand fährt und dadurch rasch an Zustimmung verliert, ist derzeit nicht absehbar. Dabei profitiert die Szydło-Regierung von einer Mischung aus wirtschaftlichen Windfall-Profits, die teilweise noch auf das Konto ihrer Vorgängerin gehen, einer gezielten Umsetzung einzelner Wahlversprechen und einem großen Maß an Pragmatismus,

wenn es um strategisch wichtige Investoren und die kurzfristigen Belastungsgrenzen von Staatshaushalt und Volkswirtschaft geht. Wie in der Außenpolitik wird auch in der Wirtschaftspolitik nach innen gern das ideologisch gefärbte Ziel der »Re-Polonisierung« der Wirtschaft betont, während die Regierung im Umgang mit internationalen Institutionen und Unternehmen deutlich moderater auftritt.

Ob dies auch in Zukunft gelingen wird, hängt vor allem davon ab, wie weit die Regierung gehen wird, um für die Umsetzung von Wahlversprechen die Grenzen nationalstaatlicher Souveränität in der Wirtschaftspolitik auszutesten. Dabei kommt es nach Aussage von Expert_innen letztlich auch auf persönliche Entscheidungen des einflussreichen Vorsitzenden der PiS, Jarosław Kaczyński an, und ob er bereit sein wird, seine politischen Ziele auch gegen den Rat von Wirtschaftsfachleuten der eigenen Partei durchzusetzen. Sollte das ideologische Moment überwiegen und eine Reihe von angekündigten Projekten in der Radikalität des Wahlprogramms umgesetzt werden – insbesondere die Rentenreform, aber auch Steuern für bestimmte, vor allem ausländische Investoren sowie die Fundamentalopposition gegen die EU-Klimapolitik – wird es unweigerlich zu weiteren Konflikten mit Brüssel kommen. Wenn zudem die Staatsverschuldung außer Kontrolle gerät, werden sich Investoren zurückziehen und die polnische Regierung könnte Schwierigkeiten bekommen, sich an den Finanzmärkten zu refinanzieren. Entscheidend wird daher sein, ob die aktuelle Balance zwischen Ideologie und Pragmatismus auch in den kommenden Monaten und Jahren Bestand haben wird.



Über den Autor

Martin Albers ist Projektassistent im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Matthias Jobelius, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: +49-30-269-35-7726 | Fax: +49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN
978-3-95861-594-6